

<b>A 1</b>		<b>Änderung der Satzung des Stadtverbandes</b>	
Antragsteller*in:		Stadtverbandsvorstand	
<input type="checkbox"/> Beschlossen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1

2 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz möge beschließen:

3

4 § 4 Absatz 1 (b) der Satzung des SPD-Stadtverbandes Eschweiler erhält folgende Fassung:

5

6 „Den Mitgliedern des Stadtverbandsvorstandes gemäß § 9 Absatz 2 (a) - (h).“

7

8 § 4 Absatz 1 (c) der Satzung des SPD-Stadtverbandes Eschweiler erhält folgende Fassung:

9

10 „Den Delegierten, die in auf Stadtverbandsebene organisierten  
11 Arbeitsgemeinschaften für die Dauer von 2 Jahren gewählt werden, mit beratender  
12 Stimme.“

13

14 § 4 Absatz 2 (b) der Satzung des SPD-Stadtverbandes Eschweiler erhält folgende Fassung:

15

16 „Die auf Stadtverbandsebene organisierten Arbeitsgemeinschaften entsenden 2  
17 Delegierte mit beratender Stimme.“

18

19 § 22 Absatz 2 der Satzung des SPD-Stadtverbandes Eschweiler erhält folgende Fassung:

20

21 „Diese Stadtverbandssatzung tritt mit Datum vom 21.04.2010 und den Änderungen  
22 vom 25.11.2017 in Kraft.“

23

24 Begründung:

25

26 Die Zusammensetzung der bisherigen Stadtverbandsdelegiertenkonferenzen entspricht  
27 nicht dem Parteiengesetz. Das Gesetz sieht vor, dass nicht mehr als ein Fünftel geborene  
28 Mitglieder sein dürfen. Der Stadtverbandsvorstand hat daher eine Satzungskommission

29 gebildet, die den obigen Änderungsvorschlag unterbreitet. Das bedeutet, dass auf  
 30 zukünftigen Delegiertenversammlungen die Beisitzer und Vorsitzenden der  
 31 Arbeitsgemeinschaften nicht mehr automatisch stimmberechtigt sind, sondern sich als  
 32 ordentliche Delegierte wählen lassen müssen. Stimmberechtigt bleiben die 9  
 33 Vorstandsmitglieder mit zugewiesenen Geschäftsfeldern.

34

35 Rechnerisch bedeutet dies, dass von den 72 Delegierten dann 9 geborene Mitglieder sind,  
 36 was einem Prozentsatz von 12,5 % entspricht und dem Parteiengesetz Genüge tut.

37

38 Die Alternative, 34 geborene Vorstandsmitglieder beizubehalten und die Delegiertenzahl  
 39 auf 170 zu erhöhen, um die 20-%-Klausel zu erfüllen, erschien den Kommissionsmitgliedern  
 40 als nicht realisierbar.

41

42 **Synopse**

Neue Fassung	Alte Fassung
§ 4 Abs. 1 (b) Den Mitgliedern des Stadtverbandsvorstandes gemäß § 9 Abs. 2 (a) - (h)	§ 4 Abs. 1 (b) Den Mitgliedern des Stadtverbandsvorstandes.
§ 4 Abs. 1 (c) Den Delegierten, die in auf Stadtverbandsebene organisierten Arbeitsgemeinschaften für die Dauer von 2 Jahren gewählt werden, mit beratender Stimme.	§ 4 Abs. 1 (c) Den Delegierten, die in auf Stadtverbandsebene organisierten Arbeitsgemeinschaften für die Dauer von 2 Jahren gewählt werden
§ 4 Abs. 2 (b) Die auf Stadtverbandsebene organisierten Arbeitsgemeinschaften entsenden 2 Delegierte mit beratender Stimme.	§ 4 Abs. 2 (b) Die auf Stadtverbandsebene organisierten Arbeitsgemeinschaften entsenden 2 stimmberechtigte Delegierte.
§ 22 Absatz 2 Diese Stadtverbandssatzung tritt mit Datum vom 21.04.2010 und den Änderungen vom 25.11.2017 in Kraft.	§ 22 Absatz 2 Diese Stadtverbandssatzung tritt mit Datum vom 21.04.2010 in Kraft.

43

<b>A 2</b>		<b>Dialogkampagne 2018/2019 - Eschweiler 2030</b>	
Antragsteller*in:		Stadtverbandsvorstand	
<input type="checkbox"/> Beschlossen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1

2 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz möge beschließen:

3

4 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz beauftragt den Stadtverbandsvorstand mit der  
5 Planung und Durchführung einer Dialogkampagne, beginnend im Frühjahr 2018.

6

7 Ziel der Kampagne soll sein, eine Bilanz der Arbeit von Partei und Fraktion seit der  
8 Kommunalwahl im Jahr 2014 zu ziehen und erste Inhalte für das Kommunalwahlprogramm  
9 der SPD Eschweiler zur Kommunalwahl im Jahr 2020 zu erarbeiten.

10

11 Bei öffentlichen Dialogkonferenzen in allen sechs Ortsvereinen sollen interessierte  
12 Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden und  
13 Organisationen aus den Ortsteilen die Möglichkeit erhalten, mit der SPD vertiefend ins  
14 Gespräch zu kommen. Bei den Dialogkonferenzen können so Wünsche, Bedarfe und  
15 Anregungen aus der Bevölkerung aufgenommen werden.

16

17 Im Rahmen einer öffentlichen Abschlussveranstaltung im ersten Quartal 2019 sollen die  
18 Ergebnisse aus den Ortsteilen dann zusammengetragen und nochmals diskutiert werden.  
19 Hier sollen insbesondere solche Ideen und Themen Raum finden, die eine gesamtstädtische  
20 Relevanz haben.

21

22 Der Vorstand der SPD-Ratsfraktion wird jederzeit eng in die Planung eingebunden und alle  
23 Veranstaltungen werden fachlich durch die SPD-Fraktion sowie die Vorsitzenden und  
24 Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Fraktion begleitet.

25

26 Abseits der Dialogkonferenzen in den sechs Ortsvereinen bleibt die weitere inhaltliche  
27 Ausgestaltung den Ortsvereinen vorbehalten.

28

29 Der Stadtverbandsvorstand entwickelt für die Dialogkampagne ein Kampagnendesign und  
30 eine Handreichung für die Ortsvereine.

31

32 Begründung:

33

34 Erfolgt mündlich.

<b>A 3</b>		<b>Tihange abschalten - grenzüberschreitende Energieversorgung sichern</b>	
Antragsteller*in:		Stadtverbandsvorstand	
<input type="checkbox"/> Beschlossen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1

2 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz möge beschließen:

3

4 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz fordert die regionalen Abgeordneten der SPD auf,  
 5 sich auf Landes-, Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass sämtliche betroffene  
 6 Regierungen alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine sofortige  
 7 und endgültige Stilllegung des Atomreaktors in Tihange zu erreichen. Um die  
 8 Versorgungssicherheit in Belgien auch ohne Atomkraft sicher zu stellen, müssen die  
 9 Regierungen auf allen Ebenen in Deutschland und Belgien einen konstruktiven  
 10 energiepolitischen Dialog eingehen.

11

12 Begründung:

13

14 Das belgische Atomkraftwerk Tihange nahe der nordrhein-westfälischen Grenze sowie das  
 15 Atomkraftwerk Doel bei Antwerpen sind immer wieder durch technische Probleme und  
 16 Störfälle in die Schlagzeilen geraten. Die Diskussion, inwieweit die an Druckbehältern  
 17 festgestellten Risse ein Sicherheitsrisiko darstellen, dauert ebenfalls bis heute an. Die  
 18 belgische Atomaufsicht hat am 24. November 2015 die erneute Inbetriebnahme der Blöcke  
 19 Doel 3 sowie Tihange 2 beschlossen. Die Blöcke der Kraftwerke Doel (Block 3) und Tihange  
 20 (insbesondere Block 2, aber auch Block 3) wurden seit 2012 nach technischen Problemen  
 21 wiederholt stillgelegt und wieder angefahren.

22

23 In Nordrhein-Westfalen ist mit der Stilllegung des Atomkraftwerks Würgassen in den  
 24 neunziger Jahren die kommerzielle Nutzung der Atomkraft beendet worden. Diese  
 25 Entwicklung bewahrt unsere Region heute vor ähnlichen Problemen mit alten  
 26 störanfälligen Atomkraftwerken.

27

28 Die Energiepolitik anderer Staaten und Bundesländern zur Fortführung der gefährlichen  
29 Atomtechnologie kann aber auch in NRW nach wie vor Auswirkungen haben, wie das  
30 Beispiel des belgischen Kernkraftwerkes in Tihange zeigt.

31

32 Nach den aktuellen Protesten in der Grenzregion hat nun der Betreiber des  
33 Atomkraftwerks in Tihange, Electrabel, eine beschränkte Einsicht in wichtige Unterlagen  
34 zur Sicherheit der Kraftwerke ermöglicht. Dies ist ein erster Schritt, reicht aber bei  
35 weitem nicht aus, um eine für alle Seiten zufriedenstellende Bewertung der  
36 Sicherheitslage der Kraftwerke vornehmen zu können.

37

38 Über die aktuelle Einschätzung und Verbesserung der Sicherheitslage in den betroffenen  
39 Reaktoren hinaus ist eine Schlüsselfrage in der Auseinandersetzung mit der belgischen  
40 Seite das berechtigte Interesse unseres Nachbarlandes nach Energieversorgungssicherheit.  
41 Dafür bietet eine verstärkte grenzübergreifende Zusammenarbeit für die bessere  
42 Anbindung des belgischen Stromnetzes an das deutsche und das europäische Stromnetz  
43 eine große Chance.

44

45 Ziel muss es sein, die belgischen und deutschen Stromnetze miteinander zu verbinden. Mit  
46 der Absicht, NRW (Oberzier) und Belgien (Lixhe) über die Netzverbindung „Aachen Lüttich  
47 Electricity Grid Overlay“ (ALEGro) zu verbinden, ist hier der erste Schritt getan. Die  
48 Netzbetreiber Elia und Amprion müssen in diesem Bestreben und bei der Planung und  
49 Realisierung einer weiteren Netzverbindung im Süden NRWs in Richtung Tihange weiterhin  
50 unterstützt werden.

<b>A 4</b>		<b>Energiewende mit Sinn und Verstand</b>	
Antragsteller*in:		Stadtverbandsvorstand	
<input type="checkbox"/> Beschlossen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1

2 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz möge beschließen:

3

4 Im Zuge der aktuellen Sondierungsgespräche und anstehenden Koalitionsgespräche von  
 5 CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Berlin wird derzeit über die Zukunft der  
 6 Braunkohleverstromung und einen etwaigen „Ausstieg aus der Braunkohle“ diskutiert.  
 7 Insbesondere Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben dieses Thema als Bedingung an ihre  
 8 potentiellen Koalitionspartner adressiert.

9

10 Auch in der schwarz-gelben Landesregierung gab es nach der Landtagswahl Stimmen, die  
 11 - entgegen anderslautender Wahlkampfaussagen - eine kurzfristige Abschaltung von  
 12 weiteren Kraftwerksblöcken im Rheinischen Revier forderten.

13

14 Vor diesem Hintergrund stellt die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz fest:

15

- 16 1. Wir bekennen uns zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens und erkennen  
 17 an, dass jede Technologie ihren Beitrag zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen  
 18 muss.
- 19
- 20 2. Mit der Leitentscheidung Braunkohle der ehemals SPD-geführten Landesregierung  
 21 wurde ein sicherer Planungszeitraum für eine energetische Nutzung der Braunkohle  
 22 bis Mitte des 21. Jahrhunderts definiert.
- 23
- 24 3. Mit der Überführung des Kraftwerks Frimmersdorf in die Sicherheitsreserve und dem  
 25 Auslaufen von Inden/Weisweiler bis zum Jahr 2030 wird im Rheinischen Revier eine  
 26 Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 40 % bis 50 % erreicht werden.

27

28

- 29 4. Die heimische Braunkohle ist nicht Gegner oder Bremsklotz der Energiewende,  
30 sondern ihr unverzichtbarer Bestandteil und zudem Garant für Bezahlbarkeit von  
31 Strom.
- 32
- 33 5. Auch jenseits der energetischen Nutzung der Braunkohle gibt es derzeit  
34 Entwicklungen und Bestrebungen, die eine stoffliche Nutzung der Braunkohle für  
35 die chemische Industrie ins Auge fassen. Diese Bestrebungen gilt es zu unterstützen.  
36
- 37 6. Ein Datum für einen Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung kann erst dann  
38 genannt werden, wenn Erneuerbare Energien physikalisch wie wirtschaftlich  
39 speicherbar sind und die Verteil- und Übertragungsnetze so ausgebaut wurden, dass  
40 das räumliche Auseinanderfallen von Energieerzeugung und Energienutzung  
41 ausgeglichen werden kann.
- 42
- 43 7. Die schwarz-gelbe Landesregierung muss den Strukturwandel im Rheinischen Revier  
44 entsprechend der Erwartungen der hier lebenden und arbeitenden Menschen  
45 unterstützen. Die Evaluierung der Arbeit der Innovationsregion Rheinisches Revier  
46 muss zügig abgeschlossen werden, um monatelangen Stillstand zu beenden.  
47 Ankündigungen im schwarz-gelben Koalitionsvertrag, neue Gewerbe- und  
48 Industrieflächen mittels Landes- und Regionalplanung auszuweisen, sind zügig zu  
49 konkretisieren. Die Unterstützung des Strukturwandels darf sich nicht auf das  
50 Warten auf Bundeshilfen beschränken, sondern muss mit eigenen Landesmitteln  
51 unterstützt werden.

52

53 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz fordert die SPD-Fraktion im Landtag  
54 Nordrhein-Westfalen und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, im Sinne  
55 dieses Beschlusses zu agieren.

56

57 Begründung:

58

59 Erfolgt mündlich.



<b>A 5</b>		<b>Den Propsteier Wald öffnen</b>	
Antragsteller*in:		Stadtverbandsvorstand	
<input type="checkbox"/> Beschlossen	<input type="checkbox"/> Abgelehnt	<input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1

2 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz möge beschließen:

3

4 Die Stadtverbandsdelegiertenkonferenz fordert die SPD-Ratsfraktion, den  
 5 Stadtverbandsvorstand und die Bundestagsabgeordnete Claudia Moll auf, bei der  
 6 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) darauf hinzuwirken, dass der Propsteier  
 7 Wald für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht wird.

8

9 Die SPD Eschweiler unterstützt das Ziel der Stadt Eschweiler, ein „Camp CO2-Zero“  
 10 anzusiedeln und das Engagement des Förderverein Propsteier Wald e.V., den Wald für die  
 11 Bevölkerung begehbar und erlebbar zu machen.

12

13 Eine forstwirtschaftliche Nutzung, die über waldpflegerische Maßnahmen hinausreicht,  
 14 lehnen wir strikt ab.

15

16 Wir erneuern in diesem Zusammenhang unsere Position, einem „Durchstich“ durch das  
 17 „Camp Astrid“ eine Absage zu erteilen.

18

19 Begründung:

20

21 Die bis zur Nutzung durch die belgischen Truppen in den 1950er Jahren gänzlich  
 22 unbelastete Waldfläche „Propsteier Wald“ ist heute aus Verkehrssicherungsgründen  
 23 gesperrt und baulich-infrastrukturell (23 Häuser und Hallen, 350 Munitionshütten, 23 km  
 24 befestigte Wege) belastet. Eine Öffnung der Waldflächen für die Bürgerinnen und Bürger  
 25 der Stadt Eschweiler und der Region ist erst nach einem vollständigen Rückbau der  
 26 Gebäude und einer nachhaltigen Sicherung der Infrastruktur möglich.

27

28 Die Liegenschaft, seit Abzug der Belgischen Truppen im Jahr 1995 im Eigentum der

29 Bundesrepublik Deutschland, wird von BlmA bzw. dem Bundesforstbetrieb betreut und soll  
30 seit Jahren veräußert bzw. einer Folgenutzung zugeführt werden.

31

32 Die Bestrebungen der Stadt Eschweiler Areale zu erwerben, um dort das „Camp CO2-Zero“  
33 anzusiedeln, und des Fördervereins Propsteier Wald e.V. den Propsteier Wald durch einen  
34 Zusammenschluss von Eschweiler Bürgerinnen und Bürgern zu erwerben und diese  
35 genossenschaftlich im Sinne naturnaher Forstwirtschaft zu bewirtschaften und als  
36 Naherholungsgebiet wieder zu öffnen, scheitern bis heute an dem von der BlmA  
37 kommunizierten Wert der Liegenschaft.

38

39 Eine weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.